

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 17/7300 –  
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

### **Investieren. Entlasten. Zukunft schaffen. Finanzierung der rheinland-pfälzischen Verkehrsinfrastruktur verbessern**

Der Landtag stellt fest:

Ein funktionierendes, leistungsfähiges Straßennetz ist Grundvoraussetzung für eine gute Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft sowie Lebensader ländlicher Räume und der Städte.

Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist der Erhalt des Straßennetzes zu sichern, d. h. weiterer Substanzverlust zu vermeiden.

In den vergangenen Jahren ist zu wenig in den Erhalt und Neubau des rheinland-pfälzischen Straßennetzes investiert worden. Im Sommer 2015 stellte der Landesrechnungshof in seinem Bericht zum Zustand des Landesstraßennetzes fest: Ca. 55 Prozent des gesamten Straßennetzes befinden sich in einem problematischen bis sehr schlechten Zustand. Der Investitionsbedarf im Bereich der schlechten und sehr schlechten Streckenabschnitte ist auf ca. 1 Milliarde Euro angestiegen.

Zu dem bereits vorhandenen Investitionsstau bei den rheinland-pfälzischen Landesstraßen kommt erschwerend hinzu, dass die Kosten im Bereich des Straßenbaus kontinuierlich steigen. Dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zufolge sind die Kosten im Straßenbau alleine im Zeitraum von Mai 2017 bis Mai 2018 um 5,6 Prozent gestiegen.

Bei der Aufstellung des „Bauprogramms Landesstraßen 2019/2020“ muss diesen beiden Herausforderungen stärker Rechnung getragen werden.

Die Vorschläge der Landesregierung für den Haushalt beinhalten im Jahr 2019 nur 91,7 Mio. Euro für Erhalt, Um- und Ausbau und 8 Mio. Euro für den Neubau von Landesstraßen. Im Jahr 2020 sind es 92,2 Mio. Euro für Erhalt, Um- und Ausbau sowie 9,5 Mio. Euro für den Neubau von Landesstraßen.

Diese Ansätze bedeuten unter dem Strich keinerlei Abbau des Investitionsstaus. Zudem decken die leichten Erhöhungen im Vergleich zum Haushalt 2017/2018 noch nicht einmal die derzeitigen und voraussichtlich weiter steigenden Kosten im Straßenbau.

b. w.

Analoges gilt für die Kreisstraßen. Ca. 7 000 Kreisstraßenkilometer und ca. 1 300 Brückenbauwerke befinden sich in der Straßenbaulast der Landkreise. Die Mittel für Kreisstraßen sind seit Jahren auf einem gleichbleibenden, zu niedrigen Niveau.

Neben der beschriebenen Unterfinanzierung des rheinland-pfälzischen Straßennetzes stehen wir auch im Bereich der Planungskapazitäten vor gewaltigen Herausforderungen. In den Jahren 2016 und 2017 konnten insgesamt rund 74,6 Mio. Euro an bereitstehenden Bundesmitteln zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz nicht abgerufen werden. Die Personalsituation beim LBM – insbesondere bei den Ingenieuren – gilt nach wie vor als sehr angespannt. Durch die vorhandene Altersstruktur beim LBM ist davon auszugehen, dass sich das beschriebene Fachkräfteproblem vor allem bei den Ingenieuren durch altersbedingte Abgänge in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen wird. Die Landesregierung plant zudem, 180 Verwaltungsstellen beim LBM bis zum Jahr 2020 abzubauen. Um sich aber auf ihre Kernaufgaben konzentrieren zu können, brauchen die Ingenieure beim LBM leistungsstarke Verwaltungsstrukturen. Unzureichende Planungskapazitäten sind oftmals auch ein wesentlicher Grund für die lange Dauer der Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Um die beschriebenen Planungsdefizite abzumildern, sollte das Land stärker als bisher Leistungen von externen Ingenieurbüros in Anspruch nehmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Finanzmittel für den Erhalt, Um- und Ausbau des Straßen- und Radwegenetzes deutlich zu erhöhen, um den Kostensteigerungen gerecht zu werden und um darüber hinaus damit beginnen zu können, den vorhandenen Investitionsstau abzubauen;
- die Mittel für Neubauprojekte (z. B. die im Dezember 2017 angekündigten 17 Ortsumgehungen) zu erhöhen, um die im Landesstraßenbauprogramm nicht berücksichtigten, aber vor Ort dringend benötigten Neubauprojekte zu verwirklichen;
- den Kommunen zusätzliche Mittel für den Kreisstraßenbau zur Verfügung zu stellen;
- ein Konzept zu erarbeiten, das die strategische Bedeutsamkeit der Brückenbauwerke in Rheinland-Pfalz herausstellt, bewertet, Projekte priorisiert und auf volkswirtschaftlich bedeutsame Engpässe hinweist;
- die Attraktivität einer Beschäftigung beim LBM durch entsprechende Weiterbildungs- und Aufstiegsperspektiven zu erhöhen und den vorhandenen Beförderungsstau beim LBM sukzessive abzubauen;
- den Stellenabbau im Verwaltungsbereich des LBM zu stoppen;
- mehr Mittel für externe Ingenieursleistungen – auch um Bundesmittel nutzen zu können – bereitzustellen.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl